

A

7. Abschaffung der Zeitungsbestellung durch die Post.

Abreißkalender.

Es genügt nicht, daß eine Zeitung geschrieben und gedruckt wird, sie muß auch gelesen, und sie muß vor allen Dingen bezahlt werden.

Auf dem Weg von der Notationspresse bis in die Hände des Abonnenten folgt die Zeitung einem ähnlichen Prozessus, wie das Wasser einer Leitung von der Druckpumpe bis zum Kranen.

Die einfachste Art, das Wasser der Leitung in die Häuser zu liefern und die Bezahlung dafür einzufordern, besteht noch immer darin, es durch Röhren zu führen, die in ihren Verzweigungen über den Spülsteinen und Waschbeden der einzelnen Haushalte münden, und in jedem Keller eine Uhr anzubringen, die den Wasserverbrauch registriert und die zuverlässigen Unterlagen für den Kassierungsdienst hergibt.

Mit der Zeitungsbestellung ist es in unserem Land bisher genau so. Die Post ist das Sammelbecken, von dem aus die Zeitungen durch Briefträgerleitungen über das ganze Land verbreitet werden.

Es ist noch niemanden eingefallen, in der Wasserleitung durch Leitungen eine Änderung einzuführen, etwa vorzuschlagen, das Wasser müsse am Reservoir abgeholt und in Eimern an seine tausend Bestimmungsorte getragen werden.

Die Postverwaltung denkt anders. Sie erklärt, das Austragen der Zeitungen durch die Briefträger koste zuviel Geld, und wenn die Briefträger einmal die Zeitungen nicht mehr auszutragen bräuchten, wären einige Hunderttausender gespart.

In andern Betrieben gilt als Regel, daß der Nutzen mit der Beschäftigungintensität wächst. Indes man kann nicht verlangen, daß die Post sich auf eine solche Regel einstelle.

Sie hat das staatliche Monopol für die Besörderung der sogenannten Postsachen. Das heißt, sie arbeitet ohne Konkurrenz. Sie kann ihre Preise nach Belieben festsetzen. Sie tut es, und nicht zu knapp. Sie behält von dem Abonnementspreis, den Du, lieber Leser, im Jahr bezahlst, mehr als ein Drittel für sich. Wir bezahlen Redaktions- und Scher- und Druckerpersonal, wir bezahlen das Papier, wir amortisieren alle Anlagen, wir verkaufen die Zeitung an das Publikum, so billig wie nur möglich, und die Post nimmt für die einsame Verteilung mehr als ein Drittel des Bruttopreises für sich.

Sie findet, daß sie darauf noch nicht genug verdient. Sie findet, daß es für sie angenehm wäre, diesen Schönheitsfehler ihres Monopols auszumerzen und es den Verlegern anheimzugeben, sich selber einen Verteilungsdienst einzurichten.

Ich möchte wissen, wie sich die Folgen dieser Neuerung im Kopf der Postverwaltung malen.

Also der einzelne Verleger soll für seine Zeitung allein den Apparat beschaffen und unterhalten, den die Post dank ihrem Monopol für sämtliche Brief- und Pakets und DrucksachenSendungen des ganzen Landes besitzt und von dem sie jetzt den angeblich unrentablen Teil abstehen will. Diesen unrentablen Teil läßt der

einzelne Verleger nun unter enorm ungünstigeren Verhältnissen auf seine Last nehmen. Wie denkt sich die Post das wirtschaftliche Ergebnis? Nach ihrem Säsonnement müßte der Verleger an diesem Betrieb, den sie nicht einmal im Rahmen ihres Gesamtmonopols rentabel zu gestalten vermöge, unfehlbar zugrunde gehen.

Natürlich wäre diese Annahme ebenso falsch wie die Rentabilitäts- oder Unrentabilitätsberechnung der Post.

Die Verleger werden, der Not gehorchen und wenn ihnen die Post den Hals zudrehen sollte, für die Verteilung sorgen und den Beweis erbringen, daß sie trotz der Einengung auf den winzigen Wirkungskreis ohne Verlust — ohne den von der Post errechneten Verlust möglich ist.

Dann aber wird sich mit zwingender Logik folgende Schlussfolgerung ergeben: Wenn die Privatwirtschaft den angeblich unrentablen Teil des Postmonopols in ihren Betrieben rentabel und zuverlässig gestalten kann, dann wäre es Unsinn, die Post mit den andern, historisch nutzbringenden Teilen weiterwursteln zu lassen, denn dann wäre der Beweis erbracht, daß die Abschaffung des ganzen Postmonopols für die Gesamtheit eine Millionen-Ersparnis bedeuten würde.

Sonntagsheft 15.5.1927